



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 10. November 2023

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 13. November 2023

Fokusthema: **Bildung**

Der Zürcher Kantonsrat hat am Montag verschiedene Wahlen vorzunehmen oder zu genehmigen. Umstritten ist die Zusammensetzung des Universitätsrates, bei der sich eine Mehrheit der vorberatenden Kommission gegen die Genehmigung der Wahl zweier Mitglieder ausgesprochen hat. Traktandiert sind ausserdem die Jahresberichte der Universität und der Zürcher Fachhochschule sowie Vorstösse, die der Bildungsdirektion zugeordnet sind.

Wahl des Universitätsrates und weitere Wahlgeschäfte

Die drei Wahlgeschäfte zum Auftakt der Sitzung dürften Formsache sein. Der Rat wählt zunächst acht vollamtliche Mitglieder des Obergerichts für die neu geschaffenen Stellen (KR-Nr. 154/2023). Anschliessend sind Ersatzwahlen für eine 50-Prozent-Stelle am Verwaltungsgericht (KR-Nr. 215/2023) und eine Stelle am Handelsgericht (KR-Nr. 153/2023) traktandiert. Eine kontroverse Debatte zeichnet sich erst später bei der Genehmigung der Wahl des Universitätsrates ab ([5888](#)). Die Mehrheit der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt, die Genehmigung für zwei der sieben Mitglieder des Gremiums, nämlich Beat Hotz-Hart und Franziska Widmer Müller, abzulehnen. Sie hat kein Verständnis dafür, dass die Regierung bei ihrem Vorschlag gleich zweimal eine Ausnahme vom Höchstalter 70 beansprucht. Die SP, die GLP und die Grünen stellen deshalb zuerst einen Rückweisungsantrag mit dem Auftrag an die Regierung, das Gremium diverser und jünger zusammenzusetzen. Hinter der Genehmigung der Wahl gemäss Antrag des Regierungsrates stehen die SVP, die Mitte und die EVP. Die Genehmigung der Wahl der Präsidentin des Universitätsrates in der Person von Bildungsdirektorin Silvia Steiner ist hingegen nicht bestritten ([5905](#)). Die KBIK hat aber angekündigt, sich bei späterer Gelegenheit vertiefter mit der Frage auseinanderzusetzen, ob diese Funktion wirklich zwingend dem für die Bildung zuständigen Regierungsmitglied übertragen werden soll.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Minderheit Rückweisung: Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44

Minderheit Genehmigung gem. Regierungsrat: Marc Bochsler (SVP, Wettswil a.A.), 079 742 96 41

Jahresberichte der Universität und der Fachhochschulen

In Zusammenhang mit der Aufsichtsfunktion des Parlaments steht die Behandlung der Jahresberichte der Universität (UZH) ([5900](#)) und der Zürcher Fachhochschule (ZFH) ([5901](#)), zu der die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) gehören. Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt einstimmig, beide Berichte zu genehmigen. Für die ABG ist es die Gelegenheit, über ihre Tätigkeit in diesem Bereich zu berichten. Schwerpunkte waren diesmal unter anderem die Neugestaltung des Berufungsverfahrens für Lehrstuhlinhaberinnen und -inhaber an der UZH, die gleichzeitig eine Klinik an einem universitären Spital leiten, das neue Studienmodell an der ZHdK, das die Wahlfreiheit der Studierenden vergrössern soll, und der Mangel an Lehrkräften an der Volksschule, den die PHZH mit verschiedenen Massnahmen zu lindern versucht. Abgeschlossen wird ausserdem die Neuorganisation des Fachhochschulbereichs ([5757](#)). Der Rat hat die Einzelheiten im Fachhochschulgesetz bereits im vergangenen Juni beschlossen – unter anderem wird die Dachorganisation ZFH aufgehoben. Am Montag steht nun noch die zweite Lesung mit der redaktionellen Bereinigung und der Schlussabstimmung an. Ebenfalls in zweiter Lesung verabschiedet

wird eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung ([5804](#)). Damit wird die Förderung von Grundkompetenzen bei Erwachsenen ins Gesetz geschrieben. Es geht beispielsweise um Kompetenzen in der Sprache, in der Mathematik und in der Anwendung von digitalen Geräten. Im Kanton Zürich haben rund 140'000 Erwachsene ein Defizit bei den Grundkompetenzen.

ABG-Präsidentin: Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), 079 210 21 61
REDKO-Präsidentin Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Postulate zu Menstruationsartikeln, Folgen der Dekarbonisierung und zur Lehrerausbildung

Nach den Wahlen in den Universitätsrat sind drei Postulate traktandiert. Mit dem ersten verlangen die Grünen, unterstützt von der SP, der EVP, der Mitte und der AL, dass der Regierungsrat die kostenlose Abgabe von Menstruationsartikeln an öffentlichen Schulen prüft ([KR-Nr. 126/2021](#)). Ausserdem sei abzuklären, wie das Thema der Menstruation noch stärker in den Schulunterricht eingebaut werden kann. Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Eine Kantonsrätin hat sich aber gegen die diskussionslose Überweisung gewehrt, sodass der Rat jetzt darüber entscheidet. Beim zweiten Postulat ist die Ausgangslage dieselbe. Hier geht es um Unterstützungsmassnahmen für Berufsleute, die durch die Dekarbonisierung in ihrer beruflichen Existenz bedroht sind ([KR-Nr. 127/2021](#)). Die SP fordert zusammen mit der EVP und der AL, dass der Kanton auch finanzielle Beteiligungen an Weiterbildungs- und Umschulungskursen in Erwägung zieht, falls diese zu den wirkungsvollsten Massnahmen gehören. Das dritte Postulat wird diskutiert, weil der Regierungsrat es ablehnt. Die Grünen und mit ihnen die GLP, die EVP und die FDP verlangen vom Regierungs- und vom Bildungsrat aufzuzeigen, wie die Studierenden der Pädagogischen Hochschule auf der Primarstufe für den Unterricht in allen Fächern ausgebildet werden können ([KR-Nr. 162/2021](#)). Allenfalls soll es dabei möglich sein, die zweite Fremdsprache abzuwählen. Die Unterzeichnenden des Vorstosses versprechen sich von dieser Neuerung, dass die Rekrutierung von Lehrpersonen weniger aufwendig wird und so auch dem Mangel an Lehrkräften besser begegnet werden kann. Überweist der Rat ein Postulat, hat der Regierungsrat zwei Jahre Zeit, seinen Bericht dazu vorzulegen.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), 078 676 79 73
Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), 044 730 79 83
Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00
Frank Sieber, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit, 043 259 20 37